

Gerechtigkeit erhöht ein Volk

Dr. Franz Segbers



Mit zwei Beobachtungen möchte ich beginnen. Erstens: Der Sozialstaat wird schlecht geredet. Zweitens: Er wird schlecht geredet von denen, die nicht auf ihn angewiesen sind. Doch er steht bei denen hoch im Kurs, die wissen, dass er sie etwas kostet, ihnen aber auch nützt. Die ihn nicht brauchen, weil sie selber sich versorgen und absichern können, sind es, die die solidarischen Sicherungssysteme gegenüber privater, kapitalgedeckter Vorsorge abwerten.

Der Sozialstaat wird als Übel ausgemacht. Er bremse die Wirtschaft und hindere sie daran, die Wachstumsraten zu bringen, welche wiederum Arbeitsplätze hervorbringen. Meinhard Miegel aus Bonn spricht von einer „deformierten Gesellschaft“. Um Druck zu machen, hat er einen Bürgerkonvent zusammengerufen, damit endlich der Reformstau behoben werde. Rickert, ein Unternehmensberater aus

München, hat als Privatmann mehr als 50 Mill. € an Spenden eingesammelt für eine Stiftung „Klarheit in der Politik“, deren Aufgabe es ist, „die Bevölkerung aufzuklären über Vorzüge von Reformen.“ Die Arbeitgeberverbände finanzieren ein Institut mit dem Namen „Neue soziale Marktwirtschaft“, das mit mehr als 50 hauptamtlich Beschäftigten und einem Jahresetat von mehr als 6 Mill. € durch Öffentlichkeitsarbeit klar machen will, dass das Grundübel die „Überlastung der Sozialen Marktwirtschaft“ darstellt. Die Politiker in unserem Land sind mit massiver Unterstützung der Medien und der Unternehmerverbände in einen Wettlauf darüber eingetreten, wer am kräftigsten den Sozialstaat ab- oder umbaut. Die Agenda 2010 ist die massivste sozialpolitische Kürzung in der Geschichte der Bundesrepublik. Es besteht ein offensichtlicher Widerspruch von dem, was die Medien verbreiten, und dem, was die Menschen bedrängt.

Schutz oder Druck?

Wenn es um einen Wettlauf um den Abbau der sozialen Hilfesysteme geht und die Bundesregierung stolz auf Werbeplakaten verkündet: „Deutschland bewegt sich“, möchte ich fragen: Was bewegt sich? Wer bewegt wen und zu welchem Ziel? Wohin geht die Reise? Wie gehen wir als Diakonie und Kirche mit? Können wir steuern oder sollen wir nur rudern? Der Umbau oder Rückbau des Sozialstaates erfolgt unter der Überschrift „Vom marktkorrigierenden zum aktivierenden Sozialstaat“. Damit wird ausgedrückt, dass sich nicht nur die Finanzierung des Sozialstaates und nicht nur sein Leistungsangebot verändern, sondern auch die Methoden, nach denen sozialstaatliche Leistungen verteilt werden. Beruhte das bisherige Verständnis noch auf der Übereinkunft, dass sozialstaatliche Umverteilung keine Fürsorgeleistung des Staates gegenüber Untertanen ist, sondern der Staat im Bedarfsfall eine Bringschuld gegenüber seinen Bürgern zu erfüllen hat, so soll der neue Sozialstaat ob bei CDU oder SPD auf andere Fundamente gebaut werden. Sie bestehen darin, dass Bürger, die Leistungen des Sozialstaates in Anspruch nehmen wollen, durch aktivie-

rende Maßnahmen in Bewegung gesetzt und aus einer staatlich verursachten Passivität befreit werden sollen. Bislang wollte der Sozialstaat die Bürger vor den Risiken des Marktes schützen, jetzt sollen Marktdruck und Risiken den Einzelnen unter Druck setzen. Diese Aktivierung soll durch materielle Hilfen ergänzt werden, die deutlich niedriger ausfallen als die vorherigen Leistungen.

Was hier geschieht, ist nicht weniger als eine Umkehr und Neudefinition der sozialpolitischen Bringschuld: Der Bürger kann vom Staat nicht mehr eine sozialpolitische Verantwortung für das Wohlergehen des Einzelnen erwarten, jetzt rückt die Verantwortung des Einzelnen für das Gemeinwohl in den Vordergrund - worunter letztlich nichts anderes verstanden wird als die Wettbewerbsfähigkeit des Staates. Kollektive Rechte und sozialstaatliche Leistungen werden diffamiert und verachtet; wer sie in Anspruch nimmt, wird gleich des Missbrauchs verdächtigt. In Konjunktur stehen dagegen die staatsbürgerlichen Pflichten. Zentraler Bestandteil der neuen Sozialpolitik ist eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik, die sich auf „Fördern und Fordern“ konzentriert und dabei das Fordern groß schreibt und das Fördern hintansetzt. Die Maßnahmen konzentrieren sich darauf, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen herzustellen und notfalls mit Druck zu erwirken. Die hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger begründete den Zwang mit der Formulierung: „Jedwede Arbeit ist für einen arbeitsfähigen Menschen würdiger als die Entgegennahme einer finanziellen Unterstützung ohne Gegenleistung.“ Nicht, dass es kostengünstiger wird, sagt man, es wird mit Würde in Zusammenhang gebracht.

Die Armen finanzieren die Reichen

Diese neuen Strategien sind am Verhalten und nicht an den Verhältnissen orientiert. Sie setzen beim Einzelnen an. Wenn er bereit ist, Arbeit zu jedem Preis und um jeden Preis zu akzeptieren, dann sinkt das Hauptproblem: die Arbeitslosigkeit. Der Sozialwissenschaftler Ralf Dahrendorf spricht in diesem Zusammenhang davon, dass der aktivierende Sozialstaat zu „neuen Formen der Zwangsarbeit“ und einem „neuen Autoritarismus“ neigt. Deutlich zeigt sich dies im massenhaften Zwang der Menschen zu 1-Euro-Jobs. Deshalb irrt der Ratsvorsitzende Wolfgang Huber, wenn er die 1-Euro-Jobs die würdige Antwort einer Bürgergesellschaft auf das Problem der Arbeitslosigkeit nennt. Was ist daran würdig, dass Menschen zu irgendeiner Beschäftigung und einer Entlohnung von ein bis zwei Euro gezwungen werden? Dabei liegen Berechnungen vor, dass reguläre öffentlich geförderte Arbeit billiger wäre als das Zubrot durch 1- bis 2-Euro-Jobs zur Grundsicherung. Warum - so frage ich - sollen denn nur die Opfer des Arbeitsmarktes diese „würdige Antwort“ geben, während die Gewinner der Rationalisierung und der Wohlstandsumverteilung im Lande nicht herangezogen werden?

Die Hartz-Reformen entlasten die öffentlichen Haushalte um ca. 2,5 Mrd Euro – just der Betrag, auf den der Staat durch die Senkung des Spitzensteuersatzes bei den Reichen verzichtet. Das aber heißt doch nichts anderes als dies: Die Armen, die Schwachen, die Kranken und Arbeitslosen finanzieren den Reichen die Steuergeschenke in der Höhe von 2,5 Mrd Euro. Hier zeigt sich das Grundkonzept: Der Umbau des Sozialstaates findet unter der Losung statt, dass in Zeiten der Globalisierung der Sozialstaat zwar umgebaut, aber erhalten bleiben muss, um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu sichern. Aus Wettbewerbs- und Standortgründen können aber nicht das mobile Kapital und die Besserverdienenden mit seiner Finanzierung belastet werden.

Zwei Grundelemente zeichnen den Reformweg aus:

- Es findet ein allgemeiner Rückbau der solidarisch finanzierten Sozialsysteme statt etwa durch Kürzung von Arbeitslosengeld oder Renten oder Ausgliederung von Leistungen aus der gesetzlichen Krankenkasse;
- Die Entlastung des Finanzierungssystems soll durch den Bruch mit der paritätischen Finanzierung die Unternehmen entlasten: *Von der Parität zur Eigenfinanzierung*.

Diese „Modernisierung“ löst den Schlüsselbegriff des deutschen Sozialstaatsmodells auf: die Parität. Seit der Bismarckzeit gab es einen sozialen Ausgleich, der sich in Instrumenten wie Partnerschaft, Mitbestimmung, Vermögensbildung, paritätische Finanzierung der sozialen Sicherung, Tarifverträgen, Tarifautonomie ausdrückte. Das Prinzip der Parität der sozialen Sicherung war keineswegs nur eine Finanzierungstechnik, sondern Teil eines gesellschaftlichen Konsenses der Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit und der deshalb auch paritätischen Finanzierung sowie Beteiligung der sozialen Ausgestaltung der Gesellschaft. Es meint: Die Wirtschaft mit ihren Erträgen steht in einer gesellschaftlichen Verantwortung. Sie soll zum sozialen Ausgleich beitragen und dem Leben der Menschen dienen. Von diesem auf Parität und sozialen Ausgleich beruhendem Grundmodell hat sich die Politik konzeptionell und politisch verabschiedet. Die Folgerung lautet jetzt: Senkung der Unternehmenssteuern, Senkung der zu hohen Spitzensteuersätze, Senkung der Sozialbeiträge, Senkung des sozialstaatlichen Sicherungsniveaus.

Diese sozialpolitischen Reformen bedeuten Abbau von Solidarität. Man kann auch sagen: Die soziale Sicherung als konkrete Gestalt von Solidarität einer Gesellschaft wird zurückgebaut. Nicht mehr Bürgerinnen und Bürger einer Gesellschaft stützen sich gegenseitig bei den großen Lebensrisiken. Gesellschaftliche Risiken werden vielmehr als persönliches Versagen gedeutet. Probleme, wie Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfeabhängigkeit, werden dem Einzelnen zugeschoben. Er möge seine Probleme selber lösen. Eigenverantwortung wird zu einem zentralen Stichwort. Gesellschaftliche Risiken werden zunehmend privatisiert. Prof. Hans-Werner Sinn, Leiter des ifo-Instituts, brachte diese Strategie auf den Nenner: „Jeder, der Arbeit sucht, findet Arbeit, wenn man zulässt, dass der Lohn tief genug fällt.“ Das ifo-Institut meint, mit 10 bis 15% Lohnkürzungen könnte die Arbeitslosigkeit weitgehend beseitigt werden. Bei gering Qualifizierten sei ein Drittel notwendig.

Kampf um die Begriffe

Wer die Reformdebatte verfolgt, stellt fest, dass zunehmend ethische Fragen in den Vordergrund rücken. Die Parteien überbieten sich darin, den Begriff der Gerechtigkeit neu zu definieren. Die Reformpolitik wird flankiert von einer Debatte um Begriffe. Nur wer die Deutungshoheit über Begriffe erobert, hat Aussicht auf Politik und Gestaltungsfähigkeit. Die Umdeutung der Begriffe Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität dient dazu, die unsozialen Folgen neoliberaler Politik unsichtbar zu machen. Die Politiker reden von einer Modernisierung von Gerechtigkeit und meinen doch nur, dass Verteilungsgerechtigkeit von gestern sei. Angela Merkel will ein „veraltetes Verständnis von Verteilungsgerechtigkeit“ beiseite legen. Olaf Scholz, der seinen Posten als Generalsekretär der SPD im Januar 2004 räumen musste, plädierte für einen „modernisierten Begriff von Gerechtigkeit“. „Verteilungsgerechtigkeit: Diese Perspektive wird den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Wir brauchen einen umfassenderen Begriff von Gerechtigkeit“ (FR 7.8.2003). Der Ministerpräsident des Landes NRW, Peer Steinbrück, definiert es folgendermaßen: „Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für diejenigen zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun, die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder

bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum: die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die - und nur um die - muss sich Politik kümmern.“ (Die Zeit 2003, Nr. 47, S. 18)

Hartz macht arm

Und was ist mit den anderen? Hatte nicht der demokratische und soziale Rechtsstaat ursprünglich im Sinn, dass es zwar leistungsfähige und weniger leistungsfähige Menschen gibt, dass aber aus diesem Unterschied perspektivisch kein Sprengsatz für die Gesellschaft werden darf, sondern der Staat zu einem Ausgleich beitragen muss? In der Sprache der Reformer findet eine bewusste Täuschung statt. Man sagt nicht, was man will, sondern versteckt sich hinter Tarnbegriffen. Die Sprache führt in die Irre. Es herrscht nicht mehr Gerechtigkeit, das Volk wird nicht erhöht, sondern klein gemacht. Was als Jahrhundertreform gepriesen wird, ist ein staatlich durchgeführtes Programm, das in Armut führt. Hartz macht arm. Vor den Montagsdemonstrationen hat die Bundesregierung das auch zugegeben. Auf eine parlamentarische Anfrage hat Staatssekretär Gerd Andres die Zahlen genannt: In Westdeutschland würden durch Hartz IV 71% keine oder geringere Leistungen bekommen, 11% gleiche und 18% mehr. Wie man es dreht und wendet: Hartz IV führt Hunderttausende von Langzeitarbeitslosen in Armut. Gleichzeitig wird ab 1.1. 2005 der Spitzensteuersatz abermals gesenkt. Hier zeigt sich: Diejenigen, die über die Agenda 2010 entschieden haben, sind vom Risiko der Arbeitslosigkeit und der Sozialhilfe weit entfernt. Die politische und ökonomische Klasse kassiert bei den Arbeitslosen ab, die die Risiken des Marktes spüren.

Und die Kirche, die Diakonie?

Drei Akzente werden in dieser Situation für die Haltung der Kirche wichtig.

Erstens: Gerechtigkeit – Maß für Reformen

Kirchen und Diakonie müssen in dieser Situation Anwälte der Gerechtigkeit sein. Sie müssen neu lernen, parteilich mit den Menschen zu sein, die schwach, krank, arm und arbeitslos sind. Es ist der Blick von unten, der die Gesellschaft aus einer Optik derer am Rand sieht. Was die Bibel „Gerechtigkeit“ nennt, lässt sich kurzgefasst als ein gemeinschaftsgemäßes Verhalten definieren. Gerechtigkeit ist ein biblisches Grundwort. „Gerechtigkeit erhöht ein Volk“ – so lautet zu Recht der Titel der heutigen Veranstaltung – und Ungerechtigkeit drückt die Menschen nieder. Entwürdigt sie.

Die Kirchen haben ein Maß für gerechte und wirksame Reformen eingebracht. In der theologischen Sprache wird dieses Maß „Option für die Armen“ genannt. Gemeint ist, dass sich die Gerechtigkeit daran messen lässt, wie jene zwei Drittel einer Gesellschaft, die nie den Risiken der Armut oder des prekären Lebensstandards ausgesetzt sind, mit dem einen Drittel umgehen, das dauernd oder zeitweilig mit Armut zu kämpfen hat. Im Sozialwort der Kirchen heißt es: „(107) In der vorrangigen Option für die Armen als Leitmotiv gesellschaftlichen Handelns konkretisiert sich die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe. In der Perspektive einer christlichen Ethik muss darum alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt. Dabei zielt die biblische Option für die Armen darauf, Ausgrenzungen zu überwinden und alle am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Sie hält dazu an, die Perspektive der Menschen einzunehmen, die im Schatten des Wohlstands leben und weder sich selbst als gesellschaftliche Gruppe bemerkbar machen können noch eine Lobby haben. Sie lenkt den Blick auf die Empfindungen der Menschen, auf Kränkungen und Demütigungen von Benachteiligten, auf das Unzu-

mutbare, das Menschenunwürdige, auf strukturelle Ungerechtigkeit. Sie verpflichtet die Wohlhabenden zum Teilen und zu wirkungsvollen Allianzen der Solidarität.“ Das ist das sozialethische und theologische Programm der Kirche. Reformen müssen sich an der Frage messen lassen, ob sie die Armen betreffen, ob sie ihnen nützen und wie sie sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigen. Auf eine Formel gebracht: Die Stärke des Staates bemisst sich am Wohl der Schwachen.

„Frei von Not und Furcht“

Wir brauchen Reformen, die den Namen Reformen auch wirklich verdienen und den Sozialstaat weiterentwickeln aus seinem Kern heraus: der Gerechtigkeit. Eine Reform verdient nur dann ihren Namen, wenn sie zur Solidarität beiträgt. Reformen haben einen klaren Maßstab: Menschen und besonders die Schwächeren erhalten einen erkennbaren und für sie auch nachvollziehbaren Gewinn an Lebenssicherheit, Freiheitschancen und Zukunftsgewissheit. Die Atlantic-Charta von 1941, die die Grundlegung der Sozialstaatsverpflichtung aller europäischen Staaten für die Nachkriegsordnung formulierte, bringt diese Orientierung so auf den Punkt: „Frei von Not und Furcht“. Unter dem Stichwort „Fördern und Fordern“ wendet man sich gerade von dieser Orientierung ab. Aus der Freiheit von Angst und Not wird jetzt ein Drohen mit der Not. Fordern und Fördern will den Menschen Beine machen - Angst machen.

Wir müssen darüber reden, wie ein blühendes, gerechtes und zukunftsfähiges Gemeinwesen geschaffen werden kann. Dabei geht es um die Grundfrage: Wie wollen wir leben? Erst dann ist die Frage zu beantworten, was die Wirtschaft dazu beitragen kann. Gerechtigkeit ist mehr als Verteilungsgerechtigkeit. Zur Gerechtigkeit gehört, dass Menschen teilhaben können, also die Möglichkeit haben, von ihrer Freiheit auch Gebrauch zu machen und sich in die Gesellschaft einzubringen. Doch wir wissen, dass dies nicht alle Menschen können. Deshalb ist eine Forderung der Gerechtigkeit, dass Menschen befähigt werden. Sozialpolitik ist deshalb auch mehr als nur auf Verteilungsgerechtigkeit ausgerichtet. Dieses umfassende Verständnis von Gerechtigkeit hat Auswirkung auf das Verständnis von Eigenverantwortung. Sie darf nicht den Rückzug des Staates verdecken oder legitimieren. Eigenverantwortung und Solidarität stehen nicht gegeneinander. Die Ermutigung zur Eigenverantwortung hat ihren Sinn darin, dass sie auf Solidarität aufbaut. Denn sie muss von der Einsicht getragen sein, dass jeder nach dem Maß seiner Möglichkeiten für sich verantwortlich ist und jeder nach dem Maß seiner Möglichkeiten für andere verantwortlich ist.

Unsere Gesellschaft ist reich genug

Die Demokratie braucht eine soziale Grundlegung in sozialen Rechten, wie das Recht auf soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Wohnung und Arbeit. In diesen sozialen Rechten und Dienstleistungen, welche sie für die Bürger garantiert, zeigt sich eine gesellschaftliche Solidarität, ohne die eine Demokratie nicht leben kann. Steuern müssen die Erfüllung dieser Aufgaben ermöglichen. Ein ‚schlanker Staat‘ kann kein Selbstzweck sein. Wir müssen klar und deutlich sagen: Unsere Gesellschaft ist reich genug, damit alle ein Leben in Würde führen können. Die Verteilungsfrage ist nach wie vor, ja dringender denn je, auf die Tagesordnung zu setzen. Deutschland hat nicht zuerst oder allein einen Reformstau, sondern ein Gerechtigkeitsproblem! Auf der Grundlage einer gerechten Verteilung der Lasten muss unsere Gesellschaft reformiert werden. Die in den letzten Jahren reich beschenkt worden sind, müssen zum Gemeinwesen herangezogen werden. Eine moderne Gesellschaft braucht einen leistungsstarken Sozialstaat. Sicherlich kann ein funktionierender Sozialstaat

kein „billiger“ Staat sein. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Die Einhaltung des Sozialstaatsgebots erfordert daher eine solidarisch getragene, staatlich organisierte soziale Sicherheit. Wir brauchen eine Alternative zum Rückbau der Solidarität durch die herrschende Reformpolitik. Nötig ist eine Erweiterung der Solidarität, die alle Bürger und die Wirtschaftskraft eines Landes einbezieht.

Gottes- und Nächstenliebe

Wir brauchen eine neue spirituelle Aufmerksamkeit in den Kirchen. *Compassio*, Mitleidenschaft, hat der katholische Theologe Johann Baptist Metz diese Grundhaltung genannt. Aus dem Blick auf die Not der Menschen mit-leiden und eine Mitleidenschaft entwickeln, die alles daran setzt, dass Menschen aus ihrer Not herauskommen. Der tiefste Grund liegt in der theologischen Bedeutung diakonischer Arbeit, auf die wir selbstbewusst hinweisen sollten: Die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe. „Wer seinen Bruder/seine Schwester nicht liebt, die er sieht, wie kann er Gott lieben, den er nicht sieht?“ (1. Joh 4,19) Die ganze Gottesliebe ist nichts wert, wenn sie sich nicht in einer Liebe zum Nächsten zeigt. Anders gesagt: Es hat keinen Sinn, am Sonntag Choräle zu singen und sich werktags das Maul über faule Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zu zerreißen und die Augen zu verschließen vor dem Unrecht, das auch bei uns in Deutschland vielen Menschen angetan wird, die völlig unschuldig ihren Arbeitsplatz verloren haben. So übersetzt sich heute das Wort Bonhoeffers: „Nur wer für die Juden schreit, darf auch Choräle singen.“

Diakonie ist die sprechende Tat und das handelnde Wort des Evangeliums. Sie ist die praktische Hand der Kirche. Die Diakonie ist jener Teil der Kirche, der sich in besonderer Weise professionell und ehrenamtlich für Gerechtigkeit einsetzt. Sie ist das solidarische Handeln der Kirche, die Gesellschaft auf das Reich Gottes hin zu verändern und so den zentralen Auftrag des Evangeliums zu erfüllen. Deshalb muss gerade in dieser Umbruchzeit die Diakonie gestärkt werden, damit sich das Scheitern der Kirche bei der sozialen Frage im 19. Jahrhundert nicht im 21. Jahrhundert wiederholt. „Glauben ist Sein in der Tat“ (Karl Barth). Aus theologischen und kirchlichen Gründen steht deshalb eine Stärkung der Diakonie auf der Tagesordnung!

Zweitens: Diakonische und kirchliche Arbeit hat nicht nur ihren Wert, auch ihren Preis Angesichts leerer öffentlicher Kassen wird sich der Sparkurs verschärfen. Der Staat verfolgt seit Jahren eine Politik der Steuerentlastung großer Einkommen und Vermögen. Die Bundstags-Enquetekommission zur Globalisierung spricht von einer „fiskalischen Umverteilung von unten nach oben“. Die knappen Kirchenkassen haben ein gemeinsames Schicksal mit den leeren öffentlichen Kassen – beides ist verursacht durch eine Steuerpolitik, die die Reichen schont und einen magersüchtigen Sozialstaat erzwingen will. Der Skandal ist, dass Deutschland so reich ist wie nie zuvor und gleichzeitig die öffentlichen Hände leer sind. Die Kirchensteuer-Einbrüche sind gerade bei der Einkommenssteuer zu verzeichnen.

Die Finanznot der öffentlichen Kassen und der Kirchen ist nicht vom Himmel gefallen, sondern politisch gewollt und durch entsprechende Steuergesetzgebung in die Wege geleitet. Großzügige Steuerentlastungen vor allem zugunsten der Wohlhabenden und der gut Verdienenden sowie der Unternehmen reißen immer größere Löcher in die öffentlichen Haushalte. Auf der Strecke bleiben die soziale Sicherheit und die Finanzierung notwendiger Zukunftsaufgaben. Die Politik der Steuerentlastung dient so dem vordergründigen und populären Ziel, den staatlichen Einfluss zurückzudrängen. Dabei ist der staatliche Einfluss ver-

gleichsweise niedrig: Die Steuer- und Abgabenquote liegt im internationalen Vergleich im Mittelfeld; die eigentliche Steuerquote ist gar so niedrig, dass das *Handelsblatt* Deutschland ein Steuerparadies nennt. Nach den aktuellsten Daten der EU betrug 2001 der Anteil der Steuern auf Gewinne und Kapitaleinkommen an der gesamten Wirtschaftsleistung im EU-Durchschnitt 6,2 %, in Deutschland 4,9 %. Die Gewinnsteuern der Aktiengesellschaften und GmbHs – sie erzielen knapp zwei Drittel der Unternehmenserträge – betrugen bei uns sogar nur 1,8 % gegenüber 3,0 % im EU-Durchschnitt.

Es fehlt am politischen Willen, die bestehenden unsozialen Verteilungsstrukturen, die maßgeblich durch Steuern und Fiskalpolitik bestimmt sind, aufzubrechen. Doch Steuerpolitik muss Solidarität bewirken: Das bedeutet, dass nach der wirtschaftlichen Leistungskraft Bürgerinnen und Bürger wie auch Unternehmen zu besteuern sind. Denn stärkere Schultern müssen mehr tragen als Schwache. Auch für das Steuerrecht muss gelten, dass der Starke für den Schwachen einzutreten hat. Steuern müssen dafür sorgen, dass das, was eine zukunftsfähige Gesellschaft zum Leben braucht, bereit gestellt wird: Soziale Sicherung, Infrastruktur, Bildung, Verkehr, Krankenhäuser, Altenheime. Hier mangelt es nicht an sinnvollen Tätigkeitsfeldern und an unerledigten Aufgaben, an denen sich zeigt, ob wir in einem blühenden Gemeinwesen leben. Gerade die Schwachen brauchen einen finanziell handlungsfähigen Staat. Umsteuern tut Not, denn die Menschen wollen einen handlungsfähigen, sozialgerechten und zukunftsfähigen Staat. Steuern müssen dem Staat die Erfüllung seiner Aufgaben ermöglichen.

Es geht um Menschen

Damit Kirche und Diakonie diesem verheerenden Sparkurs nicht defensiv ausgeliefert sind, müssen sie sich mit den Gründen der Finanzkrise der öffentlichen Hände beschäftigen. Doch Kirchen und Diakonie schweigen zu dieser neoliberalen Steuerpolitik, obwohl sie deren Folgen am eigenen Leibe spüren. Die Steuersenkungen erzwingen einen sozial schwachen Staat – und in der Folge auch eine finanziell ausgeblutete Kirche und Diakonie. Und das in Zeiten, wo die Not steigt! Selbstbewusst sollten wir auf die gute Arbeit hinweisen, die in Kirche und Diakonie für die Menschen getan wird. Und gute Arbeit braucht auch eine entsprechende finanzielle Basis. Letztlich jedoch geht es nicht um die Diakonie und nicht um die Kirche. Es geht um die Menschen, für die Kirche und Diakonie tätig sind. Wenn wir nicht wollen, dass den Bürgerinnen und Bürgern ihre sozialen Rechte und den der Diakonie und den Kirchen die Finanzierungsgrundlagen der sozialen Arbeit mehr und mehr entzogen werden, muss die Verteilungsfrage nicht nur im Zusammenhang mit dem Thema „private Armut“ gestellt werden, sondern auch im Zusammenhang mit dem Thema „öffentliche Armut“.

Drittens: Kirche und Diakonie als Teil einer sozialen Bewegung

Die Rolle von Kirche und Diakonie in der Gesellschaft wird sich verändern müssen: Diakonie muss wieder zu einer Bewegung werden, die auch gesellschaftspolitisch agiert und nicht allein soziale Dienstleistungen anbietet. Die spirituelle Grundhaltung der *Compassio*, der Mitleidenschaft, muss Wege eröffnen zu einer mit den Armen solidarischen Kirche. Wo waren die Kirchen, als die Menschen aus Protest und Verzweiflung über eine Politik, die Angst und Not zu ihrer programmatischen Losung gemacht hat, auf die Straßen gingen? Wo haben die Kirchen aufgerufen, die soziale Bewegung zu stärken, „Allianzen der Solidarität zu schaffen“ – wie es im Sozialwort so schön heißt. Was steht oben auf der Tagesordnung der Kirchenvorstandssitzungen? Im Sozialwort haben die Kirchen aus der Option für die Armen die Folgerung gezogen: „Sie verpflichtet die Wohlhabenden zum Teilen und zu

wirkungsvollen Allianzen der Solidarität.“ Kirchliche Gruppen sollten sich vernetzen mit Gewerkschaften, mit attac, mit Arbeitsloseninitiativen. Sie müssen Teil einer Bewegung von unten werden, die für das Humanum und das Soziale in der Gesellschaft eintritt. Die Geschichte lehrt, dass es ohne soziale Bewegungen keine durchsetzbare Sozialpolitik geben kann.

Reformpolitische Einstiegsprojekte

Diese Reformdebatte greift zu kurz. Die Einschnitte, die „Entkernung“ des Sozialstaats ist keineswegs alternativlos, wie immer behauptet wird. Doch die Alternativen sind politisch nicht gewollt.

Zum Bauplan eines solidarischen Um- und Ausbaus des Sozialstaates gehören insbesondere vier Einstiegsprojekte in die dringenden Reformen, die ich abschließend aufführen möchte:

1. *Die Wahrheit sagen!* Wir sollten die Tarnbegriffe entschleiern. Eigenverantwortung ist nicht der Ersatz für gesellschaftliche Solidarität. Sie hat Solidarität zur Voraussetzung. Teilhabegerechtigkeit ist nicht der Ersatz von Verteilungsgerechtigkeit.
2. *Reichtum besteuern:* Wir leben in einer historisch einmalig reichen Gesellschaft. Es ist genug für alle da – nur schief verteilt. Konkret: Die Gewinnsteuersenkungen müssen zurückgenommen werden, keine weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes und Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. Hohe Einkommen und Vermögen sind daher wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen. In einer solidarischen Gesellschaft kann es nicht angehen, dass unten eingesammelt wird, während oben geschont wird. Der ethische Grundsatz muss lauten: Jeder nach seiner Leistungsfähigkeit und jedem nach seinem Hilfebedarf. Leistung muss sich wieder lohnen – nicht nur für den Einzelnen, auch für die Gesellschaft, für ein blühendes Gemeinwesen. Sozialwort der Kirchen: (Ziff. 24) „Nicht nur Armut, auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird.“ Privater Reichtum bei öffentlicher und privater Armut ist der Skandal. Die Verteilungsfrage ist dringender denn je auf die Tagesordnung zu setzen. An diese überfällige Reform, die unser Land dringend braucht, wagt sich kein Politiker heran.
3. *Niemand darf durch und in Arbeit arm werden.* Deshalb brauchen wir ein garantiertes Grundeinkommen und einen Mindestlohn – auch in den diakonischen Einrichtungen - und für die Opfer der Arbeitsmarktkrise ein existenzsicherndes Grundeinkommen. Kirche und Diakonie dürfen an den Ein-Euro-Jobs kein Erwerbsinteresse haben. Nur als klar definierte Fördermaßnahme sind sie ethisch, sozialpolitisch und fachlich zu legitimieren.
4. *Gerechte Umverteilung der Arbeit* statt Arbeitszeitverlängerung – das ist einer Bürgergesellschaft würdig, die seit zwanzig Jahren mit Massenarbeitslosigkeit zu tun hat. Teilen von Arbeit – das haben die Kirchen als Instrument im Sozialwort. Wir sollten sie auch selbst beim Wort nehmen.

Reformen in solcher Perspektive verdienen die Bezeichnung gerecht. Sie widerlegen den Vorwurf, dass der Sozialstaat eine Wachstumsbremse oder ein Standortnachteil ist. Der Sozialstaat ist kein Kostenfaktor, welcher den Erfolg der Wirtschaft schmälert, sondern ist Zweck einer Wirtschaft, wenn sie denn dem Leben dienen will. Der Sozialstaat ist eine Investition in eine humane, gerechte und zukunftsfähige Form des Zusammenlebens, welche die ökonomische Wertschöpfung, den Wohlstand einer Gesellschaft für das Gemeinwesen in Dienst nimmt. Für dieses Reformprogramm lasst uns streiten, damit wir nicht unter unseren ökonomischen Möglichkeiten leben.

Dr. Franz Segbers war 15 Jahre katholischer Betriebsseelsorger in Frankfurt/M., dann Dozent in der Sozialakademie Friedewald und ist nun Referent für Ethik beim Diakonischen Werk der Kirche Hessen-Nassau sowie Privatdozent für Sozialethik an der Universität Marburg

Podiumsdiskussion

Haben wir uns am Reichtum verschluckt?

In der von Kathinka Kaden moderierten Diskussion, zu der die IHK leider keine/n VertreterIn von der Arbeitgeberseite gefunden hatte, betonten Annette Groth (attac Stuttgart), Henry von Bose (Diakonisches Werk Württemberg), Dr. Franz Segbers und Hartmut Zweigle (Betriebsseelsorger im Kirchenbezirk Böblingen), dass die Globalisierung der Wirtschaft von einer Globalisierung im sozialen Bereich begleitet werden müsse, wobei sich Annette Groth einen Schulterschluss mit den Kirchen wünschte. Sie stellte unserem „kompliziertesten Steuergesetz der Welt“ die skandinavischen Staaten entgegen, die von allen BürgerInnen - auch Selbständigen und Beamten - finanziert würden. In der Schweiz seien die Menschen durch Grundrente, Betriebsrente und eine private Rente im Alter gesichert.



Hartmut Zweigle kritisierte, dass etwa in Polen und Irland mit EU-Strukturmaßnahmen, also unseren Steuergeldern, Arbeitsplätze aufgebaut würden und die Politik ohnmächtig zusehe, wie viele Firmen aus Deutschland abwanderten. Er erlebe zunehmend Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen. Eine Putzkraft mit zwei Kindern soll von 800 € leben und ein Stundenlohn von 4,50 € sei keine Seltenheit. Hartz werde das verstärken. Auch Henry von Bose ärgerte sich, dass in großen diakonischen Einrichtungen immer nur über die niedrigen Gehälter geredet werde, nicht aber über die in der mittleren Ebene. Dr. Segbers hielt dagegen, Deutschland profitiere inzwischen von der Osterweiterung, weil der Export dorthin rasant zunehme beziehungsweise dort billiger produzierte Waren bei uns verkauft würden. „Kann es sein, dass der Begriff „Globalisierung“ vorgeschoben wird, um sich dahinter klein zu machen? Wir haben es mit Gestaltung zu tun, nicht mit Ohnmacht.“

Dazu verwies er auf das Buch „Die Reformlüge“ von Albrecht Müller. Auch die *Newsweek* hatte Deutschland wegen seiner Wirtschaft und Außenpolitik als den zweitmächtigsten Staat der Welt genannt. Segbers folgerte: „Indem man ein Land zum Problem erklärt, kann

man es in eine andere Richtung führen.“ Er machte darauf aufmerksam, dass auch der alte Sozialstaat der Bundesrepublik Gerechtigkeits- und Leistungsdefizite hatte: Alleinstehende Frauen waren benachteiligt und Frauen, die wegen der Kinder ihre Erwerbskarriere unterbrachen, fehlen Rentenjahre. „Wir wollen einen anderen Sozialstaat, aber nicht so, wie die Neoliberalen ihn wollen.“ Armsein definierte er mit der Hälfte des Durchschnittseinkommens von gegenwärtig 1.700 €, Reichsein ab dem Doppelten dieses Betrags.

Henry von Bose hat nichts dagegen, dass Firmen im In- und Ausland Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen, möchte aber, dass der deutsche Staat Steueroasen beseitigt. Annette Groth fürchtet um die Demokratie in Deutschland, wenn die Menschen keine Alternative sehen zu der Marschrichtung der globalen Konzerne, wie gerade von General Motors vorgeführt. Bei den Großkonzernen hätten sich auch die Gewerkschaften nicht mit Ruhm bekleckert, setzte Rainer Weitzel dagegen. Er widersprach der Regierung, die meine, das Kapital dürfe man nicht verschrecken und die Wirtschaft wird's schon richten. Beides sei unbewiesen. Martin Dolde fügte an, dass sich die Kirchen auch schon um die angeworbenen ausländischen ArbeitnehmerInnen in den 70ern hätte kümmern müssen und darum, dass deren Kinder eine anständige Ausbildung bekommen. Die Deutschen seien inzwischen zu reich geworden und hätten über ihre Verhältnisse gelebt. Nun sollten die Vermögens- und Erbschaftssteuer eingeführt werden, um staatliche Haushaltslöcher zu stopfen.

Hartmut Zweigle ergänzte die (Wieder-) Erhöhung des Spitzensteuersatzes und machte sich Sorgen um das Tarifrecht in der Diakonie. „Wir müssen von der Arbeit und in der Arbeit leben können.“ Das Stichwort „Diakonie“ nahm Dr. Segbers auf und fragte: „Wo steht geschrieben, dass die Wohlfahrtsverbände gegeneinander arbeiten? Wir verlieren unser Gesicht, wenn wir den Druck an die Schwächsten weitergeben, die wir dann in den Beratungsstellen wieder aufsammeln. Wir müssen politisch agieren!“ Henry von Bose plädierte dafür, dass sich Kirche und Diakonie nicht mehr an der Beamtenbesoldung orientieren. Nicht von unten nach oben sparen - das könne nur in die Katastrophe führen, bekräftigte Annette Groth.